namentlich auch der Herr Reichskanzler, betheiligt seien. Nachdem dann der Titel 1 (Gehalt des Staatssekretairs) bewilligt, wurde der Antrag Richter, unter Ablehnung des Antrages auf Ueberweisung an die Budgetkommission gegen die Stimmen der Rechten angenommen, der Rest des Kapitels Zentralverwaltung debattelos erledigt, und um 5½ Uhr die Berathung vertagt. — Auf der Tagesordnung der heute um 1 Uhr anberaumten Sitzung steht bei Fortsetzung der Etatsberathung in erster Reihe der Etat der Reichs-Justizverwaltung.

Eine hübsche und zutreffende Charakteristik wird der **„Freisinnigen Zeitung"** des Abg. Eugen Richter von einem anderen deutschfreisinnigen Blatte zu Theil.

Das letztere, die „Neue Stettiner Zeitung", billigt die Stellungnahme des Deutschfreisinns zu Gunsten der Sperrgeldervorlage nicht und hat seine Gründe dafür in durchaus sachlicher Weise entwickelt; deshalb von dem Richter'schen Organ angerempelt und aus der Liste der Freisinnsorgane gestrichen, replizirt das Stettiner Blatt:

„Der Umstand, daß ein nicht unserer Partei angehöriges Blatt, die „National-Zeitung", einen Theil unserer Ausführungen übernommen hat, veranlaßt die „Freisinnige Zeitung", uns mit einer jener liebenswürdigen Noten zu bedenken, mit denen sie, alten Gewohnheiten und Sitten getreu, von Zeit zu Zeit alle diejenigen freisinnigen Blätter heimzusuchen pflegt, deren unabhängiger Sinn ihnen nicht gestattet, sich mit ihrem Denken und Fühlen einfach in die von dem genannten Blatt vorgezeichnete Parteischablone hineinpressen zu lassen. Es kommt in diesem dreisten Versuch, jede geistige Individualität todtzuschlagen, immer von Neuem jener Meinungsterrorismus zur Geltung, über welchen uns gegenüber oft genug auch von Seiten freisinniger Abgeordneter bedauernd Klage erhoben worden ist. Da die „Freisinnige Zeitung", wie es scheint, unfähig ist, eine sachliche Kritik zu ertragen, so begiebt sie sich auf das Gebiet der persönlichen Verunglimpfung. Wir werden ihr nicht die Ehre anthun, dieselbe der Widerlegung zu würdigen, aber wissen sollen es doch unsere freisinnigen Parteigenossen in Stadt und Land, die uns seit mehr denn dreißig Jahren in allen schweren Zeiten, oft genug mit Narben und Wunden, auf der Bresche fanden, daß das freisinnige Berliner Organ wiederholt bemerkt zu haben glaubt, wir seien nichts weniger als ein Organ der freisinnigen Partei, auch nur für Stettin, und daß es uns ziemlich unverblümt zu erkennen giebt, wir trieben evangelisch-konfessionelle Hetzpolitik. Diese wahrhaft skandalöse Anzapfung brauchen wir nur einfach niedriger zu hängen. Denn jedes Wort dagegen wäre zu viel. Uns geschieht nur, was verschiedenen Anderen schon vor uns geschehen ist. Wenn alle diejenigen Blätter, denen die „Freisinnige Zeitung" schon die Zugehörigkeit abgesprochen hat, nicht mehr zur Partei gerechnet würden, so hätte unsere Partei wohl überhaupt kein Organ mehr — ausgenommen natürlich die „Freisinnige Zeitung"! — Dieses Blatt, das in der letzten Zeit wiederholt sehr lesenswerthe Darlegungen veröffentlicht hat über die Führerschaft der Sozialdemokratie, die nur durch einen skrupellosen Meinungsterrorismus ihre Schaaren zusammenhalte, hat anscheinend gar keine Empfindung dafür, zu welcher grausamen Parallele sein eigenes Verhalten gegen politische Gesinnungsgenossen, Freunde und Gegner herausfordert. — Für die Zugehörigkeit zur freisinnigen Partei ist glücklicherweise noch nicht ein Aichattest der „Freisinnigen Zeitung" erforderlich, und was die politische Gesinnungstüchtigkeit anbetrifft, so läßt sich dieselbe nicht wie ein Jäger-Hemd mit dem Stempel des Verfertigers abstempeln."

So urtheilt ein Freisinnsorgan über das vom Parteihäuptling geleitete Preßorgan! Herr Richter dürfte doch noch sehr viel Mühe aufzuwenden haben, bis auch nur die Partei-Preßpolizei nach seinen Wünschen geregelt werden möchte.

Journal-Revue.

Ueber die voraussichtlichen Wirkungen der Anträge, welche die Steuerkommission des Abgeordnetenhauses beschäftigen und einer Verschiebung des Wahlrechtes vorbeugen sollen, sind regierungsseitig Erhebungen erfolgt, deren Ergebniß die „Berliner Politischen Nachrichten" wie folgt erörtern: „Das neue Material läßt die Wirkung beider Anträge auf eine Großstadt (Köln), eine größere Stadt (Münster), eine Mittelstadt (Delitzsch) und eine Reihe ländlicher Wahlbezirke erkennen. Die Wirkung des Antrages Bachem, wie verschieden sie sich auch im Einzelnen gestaltet, ist überall eine überaus große Verschiebung des Wahlrechts zu Ungunsten der großen und mittleren Einkommen. In Delitzsch z. B. würde er die Zahl der Wähler 1. Klasse nahezu, die der 2. Klasse mehr als verdreifachen. Noch ungleich drastischer zeigt sich die Wirkung in den ländlichen Kreisen. In den Urwahlbezirkn Anklam 4 würde die Zahl der Wähler 1. Klasse nahezu verzehnfacht, die der Wähler 2. Klasse mehr als versechsfacht, eine große Anzahl von Wählern, welche jetzt der 3. Klasse angehören, würden selbst in die 1. Klasse rangiren, die zweite aber ganz den bisherigen Wählern 3. Klasse anheimfallen. In dem Urwahlbezirk 4 Tarnowitz stiege die Zahl der Wähler 1. Klasse gar von 4 auf 87, also auf das 22fache und würde im Uebrigen die jetzige 3. Klasse gleichfalls in den Besitz der ganzen 2. und eines guten Theiles der 1. Klasse treten. Aber selbst für Großstädte würde die Annahme des Antrages Bachem eine vollständige Verschiebung des Wahlrechts nach unten ergeben; er würde z. B in Köln die Zahl der Wähler 1. Klasse um 630, diejenige 2. Klasse um 356 pCt. erhöhen. Diese Zahlen sprechen für sich selbst, sie zeigen, daß der Antrag Bachem auch unter dem Gesichtspunkte der Vermeidung einer Verkürzung des Wahlrechts der Minderbemittelten nicht gerechtfertigt ist. Auch die Wirkungen des Antrages des Abg. v. Huene sind nicht unerheblich; es würde gleichfalls eine merkliche Vermehrung der Wähler 1. und 2. Klasse herbeiführen. Im Ganzen geht diese Wirkung nicht sehr erheblich über die entgegengesetzte Wirkung des neuen Einkommensteuertarifs in großen und größeren Städten hinaus, wähend die Kleinstädte und das platte Land, wo eine solche Wirkung in der Regel nicht eintritt, unberührt bleiben."

Der „Reichsbote" äußert: „Die Sachsengängerei als solche läßt sich nicht ausrotten. Das System der Freizügigkeit, der stetig zunehmende Verkehr weitentfernter Gegenden mit einander, der Mangel an Arbeitskräften im Westen werden einer Unterdrückung hinderlich sein. Es ist aber nothwendig, daß die durch die Sachsengängerei hervorgerufenen Uebelstände gemildert und beseitigt werden. Und hier kann geholfen werden. Zunächst muß, um die Verhältnisse klar überblicken zu können, seitens der staatlichen Behörden eine genaue jährliche Statistik über die Sachsengänger aufgestellt werden. Sodann muß die Freizügigkeit für jüngere Personen eingeschränkt werden. Lehrlinge stehen unter ihrem Meister und sind während der Lehrzeit unselbstständig. Das Gesetz stellt eine bestimmte Altersgrenze fest, wo eine Person mündig wird. Bei der Sachsengängerei werden aber Kinder schon selbstständig. Sie leben außerhalb der Familie und erhalten selbstständig ihren Lohn zugleich mit dem Verfügungsrecht darüber. Es muß den jugendlichen Personen mit Rücksicht auf ihre ethische und physische Unreife bis zum 18. Jahre verboten sein, an der Sachsengängerei sich zu betheiligen, sofern sie sich nicht in Begleitung der Eltern befinden. Es würde hierdurch erreicht, daß diese jugendlichen Personen erst in der Heimath sich diejenigen häuslichen Fertigkeiten aneignen, welche sie für ihre spätere Existenz unbedingt gebrauchen; ferner besäßen sie dann in dem reiferen Alter eine höhere Widerstandskraft gegen die sittlichen Versuchungen. Ferner gilt es, eine strenge Kontrolle über die Vorschnitter auszuüben. Dieselben müssen unbescholtene Leute sein und bedürfen für ihr Gewerbe einer Konzession seitens des Landrathes. Die von den Vorschnittern ausgestellten Kontrakte müssen der polizeilichen Genehmigung und Beaufsichtigung unterliegen. Der Kontraktbruch muß unter Strafe gestellt werden, damit die Leute lernen, die Heiligkeit des verpfändeten Wortes wieder zu erkennen. Bei dem Eisenbahn-Transport müssen die Geschlechter getrennt werden, ebenso in den Arbeiterkasernen des Westens. Die Trennung der Geschlechter in Bezug auf Wohn- und Schlafräume ist auch von bäuerlichen Besitzern, welche Schnitter in Dienst nehmen, streng durchzuführen. Endlich sind die Schnitter kirchlich zu versorgen. Die Konsistorien der Provinzen Schlesien und Posen haben zwar während der letzten Jahre Geistliche zu den Evangelischen polnischer Zungen gesandt. Die Erfolge sind die allerbesten gewesen. Doch muß eine ähnliche Missionirung auch der deutsch redenden Schnitter stattfinden. Diese sind in größerer Gefahr, als die Polen. Letztere sind durch ihre Sprache isolirt und somit aufeinander angewiesen. Die deutsch redenden Schnitter sind aber allen Einflüssen der Industriebezirke ausgesetzt. Da ist es die Aufgabe der Kirche, bewahrend und rettend einzutreten."

Das „Deutsche Tageblatt" führt aus: „Herr Windthorst hat erklärt, daß das Zustandekommen des Sperrgeldererstattungs-Gesetzes in der Fassung der Regierungvorlage die Bereitwilligkeit des Zentrums, die Regierung auf anderen Gebieten zu unterstützen, erhöhen würde, und er hat einige Tage vorher insbesondere seine Begeisterung für den Abschluß eines deutsch-österreichischen Handelsvertrages, auch wenn dieser Opfer auferlegen sollte, leuchten lassen. Es läßt sich demnach annehmen, daß ein Mißerfolg in der Sperrgeldervorlage auch den Eifer des Zentrumsführers, die Fahne jenes Handelsvertrages in unseren Parlamenten zu tragen und der Regierung auf diesem Gebiete eine sichere Kerntruppe zu stellen, abkühlen würde. Indessen berührt diese Erwägung die Konservativen nicht. Die konservative Partei steht dem Abschluß von Handelsverträgen, welche Deutschland, Oesterreich und Italien einander wirthschaftlich näher rücken, nicht grundsätzlich gegnerisch gegenüber; nichts weniger als das. Ihr Widerspruch würde sich nur gegen solche neue Zollverträge richten, die Bestimmungen enthalten, durch welche die Lage unserer Landwirthschaft verschlechtert wird. Für einen derartigen Handelsvertrag hat aber auch Herr Windthorst nicht auf eine geschlossene Gefolgschaft des Zentrums zu rechnen. Giebt er sich — um das Wohlwollen für das Zentrum anzuwärmen — den Anschein, über sie zu kommandiren, so haben die agrarischen Elemente des Zentrums bei den jüngst sich darbietenden Gelegenheiten im Reichstag und Abgeordnetenhause sich doch zu deutlich ausgesprochen, als daß die Vorstellung Eingang finden könnte, daß Herr Windthorst auf diesem Gebiete wirklich etwas Besonderes zu bieten hat. Die Konservativen fassen ihre Entschlüsse betreffs der Sperrgeldervorlage rein auf dem Boden dieser Angelegenheit selbst und ohne jeden Seitenblick auf Materien, bei denen nicht ein innerer Zusammenhang mit dieser Restituirungsmaßnahme zu Gunsten der katholischen Kirche vorliegt."

Die „Germania" stellt fest, „daß die Fraktionsleitung der Volkspartei selbst nicht die Thatsache zu bestreiten vermag, daß Mitglieder der Fraktion der Volkspartei bei den letzten Wahlen den Bauern versprochen haben, für Schutzzölle einzutreten. Es ist zum Beispiel ganz unbestreitbar, daß wenige Tage vor dem Wahltag zu Gunsten des Volksparteilers Kübler im 17. Wahlkreis durch die „Riedlinger Zeitung" und zu Gunsten des volksparteilichen Abgeordneten Härle im 3. Wahlkreis durch die demokratische „Heilbronner Zeitung" in Aufrufen der Wahlkomités öffentlich bekannt gegeben wurde, daß diese Kandidaten für die Erhaltung der Getreidezölle seien. Das „Deutsche Volksblatt" hat seiner Zeit diese allerdings recht vorsichtig verklausulirten Erklärungen kurzweg als eine Bauernfängerei bezeichnet. Das Wahlprogramm des radikalen Frn. v. Münch, welcher zwar aus der Reichstagsfraktion der Volkspartei nachträglich ausgeschieden ist, nach wie vor aber zur Volkspartei gehört, fand sich mit der Getreidezollfrage dadurch ab, daß es nur die Herabsetzung des Zolls auf Brotfrüchte „im Eintausch gegen entsprechende(!) Vergünstigungen für unsere industriellen Produkte" durch Abschluß geeigneter Handelsverträge verlangte. Solche Verklausulirungen sind übrigens nicht einmal überall für nöthig befunden worden: Der volksparteiliche Abgeordnete Kercher (4. württ. Wahlkreis) hat sich offen und rückhaltlos für einen Getreidezoll ausgesprochen. Auch der von dem Abgeordneten Härle seiner Zeit zu Gunsten der Weingärtner durchgesetzte Traubenzoll steht unbeanstandet auf dem Schutzzollkonto der Volkspartei. Glauben etwa die Herren, daß der Traubenzoll mit einem freihändlerischen demokratischen Programm vereinbar, der Getreidezoll aber damit unvereinbar sei, den Weinbauern ein Zoll zum Schutz ihrer Erzeugnisse bewilligt, den Getreidebauern ohne Weiteres versagt werden dürfe?"

Der **Zentralverband deutscher Lederindustrieller** hat an den preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten eine Eingabe um Verhütung etwa in Aussicht genommener Maßregeln gerichtet, welche geeignet sind, den Transport von frischen Häuten und Leimleder im ungetrockneten Zustande zu erschweren.

Parlamentarisches.

* In der gestrigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages theilte zunächst der Vorsitzende Frhr. v. Huene mit, daß der Staatssekretair des Reichs-Justizamts v. Oehlschläger ihn ersucht habe, möglichst bald den Justizetat für das Plenum zu erledigen. Die Kommission gab diesem Wunsche Folge, und wurde der Justizetat unverändert genehmigt. Darauf wurde die Berathung des Militairetats fortgesetzt. Bei dem Titel: Brot- und Fourageverpflegung 54 284 559 M. erwidert Geh. Kriegsrath Koch auf eine Anfrage des Abg. Witte (dfr.), daß keine amtliche Verfügung erlassen sei, den Bedarf ausschließlich von Produzenten zu kaufen. Unrichtig sei aber auch die Behauptung, daß der direkte Bezug von den Produzenten sich theurer gestellt habe, als von den Handelshäusern. — Eine Reihe von Titeln wird unverändert bewilligt. Eine längere Debatte knüpfte sich an die Forderung von 2 214 148 M. zur Gewährung von Pferdegeldern. Früher waren hier nur 149 862 M. angesetzt, die Mehrforderung beträgt also 2 064 286 M. Der Referent Abg. v. Keudell befürwortet die Bewilligung, da heute die Anforderungen an die Leistungen der Pferde bedeutend größer seien als vordem, und daher eine weit frühere Abnutzung eintrete. Korreferent Hinze beantragt die Ablehnung, da auch heute noch die Pferde 5 Jahre hindurch den mitairischen Anforderungen genügen könnten Graf Behr (Reichspartei) ist auch gegen die Erhöhung des Titels. Abg. v. Massow spricht auf Grund 20jähriger persönlicher Erfahrung für die Bewilligung. General Vogel v. Falckenstein erklärt die Forderung für unbedingt nothwendig. Die Erfahrung habe bewiesen, daß wie bisher nicht mehr auszukommen sei. Prinz Arenberg (Zentrum) ist gegen die Bewilligung, Abg. Dr. v. Frege (kons.) hält die Bewilligung für unerläßlich, ebenso Abg. Dr. Hammacher (natl.), welcher durch dieselbe namentlich auch dem Geldprotzenthum, welches besser von der Armee ferngehalten werde, einen Dämpfer aufsetzen will. Abg. Richter: Daß das Geldprotzenthum besondere Neigung habe, bei der Kavallerie zu dienen, sei ihm neu. Bislang habe er geglaubt, dessen Anforderungen werde durch das Institut des Einjährig-Freiwilligendienstes genügt. Abg. Freiherr v. Huene hat sich jetzt von der Nothwendigkeit der Forderung überzeugt und wird für die Bewilligung stimmen. — Die Abstimmung wurde bis heute ausgesetzt.

* Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags hat gestern beschlossen, die Wahl des Abg. Dr. Schier (8. Cassel) zu beanstanden und über eine Reihe von Protestbehauptungen Erhebungen zu veranlassen.

* Die Geschäftsordnungskommission des Reichstages hat mit 5 gegen 3 Stimmen beschlossen, den Antrag zu stellen, der Reichstag wolle beschließen:

durch die Anstellung des Abg. Gebhard, früher Stadtdirektor in Bremerhaven, zum Vorstand der gemeinsamen hanseatischen Versicherungsanstalt für Invaliditäts- und Altersversorgung ist das Reichstagsmandat des Abgeordneten Gebhard erloschen.

Deutsches Reich.

Hof- und Personal-Nachrichten.

Berlin, den 30. Januar.

δ. Der Wirkl. Geh. Ober-Baurath J. W. Schwedler in Berlin tritt am 1. März in den Ruhestand. Die Fachgenossen des um das Bauwesen und die Bauwissenschaften hochverdienten Mannes haben beschlossen, ihm bei seinem Scheiden aus dem öffentlichen Dienste eine künstlerisch ausgestattete Adresse zu widmen. Dieselbe soll dem gefeierten Altmeister am 1. März durch eine Abordnung von Vertretern der verschiedenen Gebiete des Bau- und Ingenieurwesens, der deutschen technischen Hochschulen überreicht werden. Es sind bereits Sammelstellen für die Unterzeichnung der Adresse in 83 deutschen Städten eingerichtet. An der Spitze des Ausschusses für die Schwedler-Adresse steht der Geh. Oberbaurath Jungnickel.

Reichs- und Staats-Angelegenheiten.

[Eisenbahnen.] Am 1. Februar wird im Bezirk der königlichen Eisenbahndirektion zu Elberfeld an der Bahnstrecke Krebsoege—Radevormwald der Haltepunkt Heide für den Personenverkehr eröffnet werden.

Magdeburg, 28. Januar. Der Ausschuß des Vereins preußischer Volksschullehrer hat an den Reichskanzler, den Unterrichtsminister und den Kriegsminister gleichlautende Petitionen dahin gerichtet, den Seminar-Abiturienten die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligendienst zu ertheilen.

Köthen, 28. Januar. Im hiesigen Lehrerseminar schwebt eine Disziplinaruntersuchung gegen Schüler der zweiten Klasse wegen sozialdemokratischer Umtriebe. Die Schüler, im Durchschnitt 19—20 Jahre alt, sind, nach der „Saale-Ztg.", verdächtig, sich durch Antheilnahme an sozialdemokratischer Schriften, sowie durch Agitation innerhalb und außerhalb des Seminars an der sozialdemokratischen Propaganda betheiligt zu haben. Einer der Schüler entzog sich der drohenden Relegation durch schleunigen Austritt aus dem Seminar. Bei dem Vorkommniß müsse hervorgehoben werden, daß das Seminar als Alumnat eingerichtet ist, in dem die Zöglinge einer fast militairischen Kontrolle unterworfen sind.

Karlsruhe, 28. Januar. Das bereits erwähnte, auf Befehl Sr. königlichen Hoheit des Großherzogs und mit Zustimmung Sr. Majestät des Kaisers und Königs in der „Karlsr. Ztg." veröffentlichte kaiserliche Kabinetsschreiben lautet:

„Durchlauchtigster Fürst,
freundlich geliebter Vetter, Bruder und Onkel!

Es gereicht Mir zur ganz besonderen Freude, Ew. königliche Hoheit hierdurch zu benachrichtigen, daß Ich Ihren Herrn Sohn, Meinen lieben Vetter, den Erbgroßherzog von Baden königliche Hoheit, Obersten und Kommandeur des 5. Badischen Infanterie-Regiments Nr. 113, an dem heutigen Tage zum General-Major befördert und ihn mit Ew. königlichen Hoheit Zustimmung, unter Stellung à la suite des 5. Badischen Infanterie-Regiments Nr. 113, sowie unter Belassung à la suite Meines 1 Garde-Regiments zu Fuß, des 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109 und des 1. Garde-Ulanen-Regiments — zum Kommandeur der 4. Garde-Infanterie-Brigade ernannt habe. Gleichzeitig spreche Ich Ew. Königlichen Hoheit gern aus, daß Ich durch diese Bestimmung nicht nur Meiner warmen Anerkennung für die hervorragend guten Dienste Sr. Königlichen Hoheit des Erbgroßherzogs, welche derselbe in der Stellung als Regimentskommandeur dargethan, einen ganz besonderen Ausdruck geben, sondern Mir auch das Vergnügen des persönlichen Umgangs und Gedankenaustausches bereiten will. Ich bin Mir, in voller Uebereinstimmung mit Ew. königlichen Hoheit, hierbei wohl bewußt, daß die Pflichten Ihres Herrn Sohnes, Meines lieben Vetters, gegen seine engere Heimath ihm ein langes Fernbleiben von derselben nicht gestatten werden. Ich verbleibe mit herzlicher Zuneigung und unveränderlicher aufrichtiger Freundschaft

Ew. königlichen Hoheit
freundwilliger Vetter, Bruder und Neffe
Wilhelm R.

Berlin, den 27. Januar 1891.
An des Großherzogs von Baden königliche Hoheit."

Darmstadt, 28. Januar. Eine vorläufige Uebersicht der Ergebnisse der Volkszählung stellt die Gesammt-Einwohnerzahl des Großherzogthums auf 994 614 fest, was seit 1885 eine Zunahme um 36 258 Seelen oder 3,75 pCt. ergiebt.

Aus **Mainz,** 27. Januar, schreibt man der „Köln. Ztg.": „Im Anschluß an die 100jährige Stiftungsfeier des 118. Infanterieregiments unternahmen am Sonnabend etwa 100 Offiziere des Regiments auf Einladung einen Ausflug in die Sektkellereien von Ch. Ad. Kupferberg u. Co. Nach Besichtigung der ausgedehnten unterirdischen Anlagen fand ein prächtiges Kellerfest statt, bei welchem des Kaisers und des Großherzogs, der Damen des Regiments, des gastlichen Hauses u. s. w. gedacht wurde. Zum Schluß wurde folgendes Telegramm an Fürst Bismarck abgesandt: „Aus dem Hause Kupferberg, aus welchem Eure Durchlaucht dereinst zu ruhmreichem Kampfe ausgezogen sind, entsenden zahlreiche zur Festfeier des Regiments 118 versammelte Offiziere ein donnerndes Hoch."

Ausland.

Belgien.

Aus **Brüssel,** 27. Januar, wird der „K. Ztg." berichtet:

Selten hat es je ein schöneres und innigeres Familienleben an einem fürstlichen Hofe gegeben, als das bei der Bruderfamilie unsers Königs, der gräflich flanderschen Familie, von dem unsere Königsfamilie gleichsam schon lange den ergänzenden Theil bildete; hatte diese doch so schwere Schicksalsschläge getroffen, und ruhten die Hoffnungen des Königs und Volkes ja auf dem jungen, nun so jäh dahingerissenen Prinzen Balduin von Flandern. Und so ist denn der heutige Tag in diesen Tagen der Schmerzen wieder ein erschütternder. Prinzessin Henriette, an deren Bette Prinz Balduin mit treu brüderlicher Liebe noch vor einigen Tagen in den Stunden der Gefahr, die treue Mutter ablösend, gewacht hatte, sollte heute Morgen endlich von dem Hinscheiden des geliebten Bruders unterrichtet werden, das man ihr mit aller Sorgfalt verborgen hatte, aus Furcht vor einem möglich folgenschweren Rückfalle. Nachdem gestern und heute früh die die Prinzessin behandelnden Aerzte den Zustand der in der Genesung Begriffenen genau geprüft hatten, entschieden sich die Eltern, ihr die erschütternde Botschaft zu übermitteln. In den letzten Tagen hatte die Schwester sich wiederholt nach dem Befinden ihres geliebten älteren Bruders, den sie unwohl wußte, erkundigt, und fing an, sich schon sehr zu beunruhigen, da man ihr ausweichende oder vertröstende Antwort gab. Während Eltern und Geschwister nun heute Morgen vor dem entscheidenden Augenblicke im Nebenzimmer harrten, begab sich Dr. Melis, einer der behandelnden Aerzte, zur Prinzessin, die ihn unverzüglich bei seinem Erscheinen fragte: „Wie geht's meinem Bruder?" Der Arzt sagte ihr, daß derselbe

---

Aus Berlin.

h. Die gestrige öffentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wurde vom Vorsteher Dr. Stryck mit geschäftlichen Mittheilungen eröffnet. Die Versammlung nahm Kenntniß von der Vorlage, betr. die erfolgte Bauabnahme der neuen Gemeinde-Doppelschule und der einfachen Schule zwischen Gräfestraße, Kottbuserdamm und Boeckhstraße, und von der Vorlage, betr. die Hergabe des Alexanderplatzes zur Aufstellung des Schulze-Delitzsch-Denkmals. — Dann kam der Antrag des Stadtv. Stadthagen und Genossen, betr. die unentgeltliche Verabfolgung von Lehrmitteln an die Schüler der hiesigen Gemeindeschulen, zur nochmaligen Berathung. Stadtv. Singer hielt es für nothwendig, daß die Bürgerschaft erfahre, welcher Stadtverordnete für den Antrag eintreten kann oder will. Er bat, diesen Antrag, der Geschäftsordnung gemäß, einem Ausschuß zu überweisen, sollte aber „Uebergang zur Tagesordnung" beantragt werden, so verlange er namentliche Abstimmung. Es wurde in namentlicher Abstimmung mit 97 gegen 10 Stimmen beschlossen, über den Stadthagen'schen Antrag zur Tagesordnung überzugehen. Für denselben stimmten nur die anwesenden Sozialdemokraten.

Ueber die Petition, betr. die Beseitigung des an der Kottbuser Brücke befindlichen, zur Entwässerung eines Theiles des Kottbuser Dammes dienenden Ausflußrohres, bezw. Regulirung und Kanalisirung des Planufers, referirte der Stadtv. Herrmann, welcher beantragte, über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen. Die Versammlung nahm den Antrag an.

Stadtv. Gerold berichtete über seinen Antrag, betr. die sofortige Errichtung von Wärmestuben und beantragte, den Magistrat zu ersuchen: 1. in geeigneten Lokalen noch für diesen Winter Wärmestuben provisorisch einzurichten; 2. mit der Versammlung in gemischter Deputation über die Schaffung geeigneter Räume zu dauernder Verwendung für den bezeichneten Zweck zu berathen. Zu diesem Zwecke sollen, der Ansicht des Referenten nach, Stadtbahnbogen benutzt werden. Gegen diesen Antrag erklärte sich der Stadtv. Meyer I.; der Ausschuß habe gar kein Material gesammelt und es sei auch gar nicht möglich, in diesem Winter noch derartige Einrichtungen zu schaffen. Die Versammlung nahm den Antrag Meyer I. an, lehnte also den Antrag Gerold auf Einrichtung von Wärmestuben ab.

Die Vorlage, betreffend den Um- bezw. Neubau der Ebertsbrücke, wurde auf Antrag des Stadtv. Eßmann einem Ausschusse zur Vorberathung überwiesen. Gleiches Schicksal hatte die folgende Vorlage, betreffend die Verbreiterung der Gertraudtenstraße und der Straße „Am Spittelmarkt", sowie eines Theiles der Breite- und der Scharrenstraße. — Die Vorlage, betreffend die Auswahl der im Etatsjahr 91/92 neu- bezw. umzupflasternden Straßen und Plätze wurde mit vielen in dieser Sache eingegangenen Anträgen und Petitionen ebenfalls einem Ausschuß zur Vorberathung überwiesen.

Der bezüglich des Antrages des Stadtverordneten Dr. Bailleu und Genossen, den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung wegen Bewilligung eines Beitrages zu den Kosten der Erbauung einer Kirche für die St. Sebastian-Gemeinde auf dem Gartenplatze eine neue Vorlage zugehen zu lassen, theilt Stadtschulrath Fürstenau mit, daß der Magistrat die Annahme dieses Antrages wünsche; er würde sonst selbst noch eine Vorlage einreichen, da er für das leibliche und geistige Wohl aller Bürger gleichmäßig zu sorgen habe. Die Versammlung nahm die einfache Tagesordnung an. Schluß nach 8 Uhr.

l. Die Akademie der Wissenschaften feierte gestern den Geburtstag des Kaisers und zugleich den Gedenktag Friedrich des Großen durch eine Festsitzung in dem rothen Saale des Akademiegebäudes. Die Akademiker hatten sich in großer Zahl eingefunden. Auch der Andrang des Publikums war ein außergewöhnlich starker. Im Auftrage der Kaiserin erschien der Kabinetsrath v. d. Reck. Die Regierung war durch den Kultusminister v. Goßler vertreten; außerdem war der Geh. Rath Althoff zu der Feier entsandt. Die Festrede hielt der vorsitzende Sekretair Prof. Mommsen über die wirthschaftliche Politik Friedrich des Großen. Er wies einleitend auf die doppelte Bedeutung des Tages hin und gedachte der beiden Fürsten, deren Geburtstag anderthalb Jahrhunderte weit auseinander liegen. Die Akademie, die sich mit Stolz eine Schöpfung des großen Friedrich nenne, sei stets dessen eingedenk gewesen und werde dessen auch stets eingedenk bleiben, daß der Königsschutz ihr angeerbt sei, daß sie seit länger als einem Jahrhundert auf königlichem Boden walte, daß alle ihre stolzen Erinnerungen an dieser Stätte königlicher Verleihung hafte, alle ihre Vormänner in diesem Hohenzollernhause aus- und eingegangen seien. „Wir brauchen", fuhr der Redner dann fort, „nicht um Schutz für unsere Heimstätte zu bitten, denn wir haben ihn gefunden und wir wissen es: aus den Räumen, welche der große Friedrich ihr angewiesen hat, wird kein Hohenzoller die Akademie der Wissenschaften ausweisen." Der Redner ging sodann auf sein Thema selbst ein. Von der wirthschaftlichen Regierung Friedrich des Großen gelte Das, was von seiner Strategie von Manchen behauptet wurde, daß sie neue Wege, absolut beste Wege, nicht gegangen; indessen, wenn diese Behauptung auch richtig sein sollte, der Größe des Mannes könne sie keinen Abbruch thun. Im Allgemeinen sei die Wirthschaftspolitik Friedrich's die Weiterverbreitung der Ideen seines Vaters gewesen, sowohl in Bezug auf den Handel, noch mehr aber bezüglich der Landwirthschaft und der Industrie. Die Stein-Hardenberg'schen Reformen seien im Wesentlichen aufgebaut worden auf dem, was der große Friedrich eingeleitet. Der Landwirthschaft wurde durch Ansiedelung von Kolonisten, der Industrie durch Schutz und Privilegien aufgeholfen; dabei geschah alle diese Thätigkeit in Zeiten vieljähriger Kriege, oder doch wenig gesicherter Friedensruhe. Das Beispiel des Königs, seine Pflichttreue, strenge Zucht und Sparsamkeit, wirkten vorbildlich für alle Verhältnisse. Das Gehenlassen in der Zeit nach dem großen Friedrich, das Verlassen der Fridericianischen Grundsätze war in erster Reihe die Veranlassung jener traurigen Katastrophe, welche zu Beginn des Jahrhunderts über unser Vaterland hereingebrochen. Der Redner lenkte nun den Blick der Gegenwart zu. Er schloß dann mit dem Ausdruck der Zuversicht, daß das, was wir von unseren Vätern und von unseren Herrschern gewöhnt sind, treu die Pflicht zu erfüllen, und was wir auch selbst uns bestreben, auch unseren Kindern eigen werde. Es folgten sodann die Berichte über die Arbeiten der Akademie, die erfreulichen Fortgang genommen haben. An der Berichterstattung, die sich sehr in die Details erging, betheiligten sich die Herren Kirchhoff, Mommsen, Zeller und Schmoller.

* Mit Allerhöchster Genehmigung ist, wie der „Reichs-Anz." berichtet, in Aussicht genommen, neben dem Modell des von Prof. Raschdorff entworfenen Berliner Domes, welches zur Zeit in dem Lichthof des Kunstgewerbe-Museums zur öffentlichen Besichtigung ausgestellt ist, die in demselben Maßstabe ausgeführten, schon früher auf Befehl des Kaisers Friedrich angefertigten Modelle des königlichen Schlosses und des Museums in den richtigen Abständen aufzustellen. Die beiden letzteren Modelle bedürfen zunächst noch einer gründlichen Reparatur; es kann daher die Aufstellung derselben erst am 2. Februar d. J. erfolgen.

* Die Berliner medizinische Gesellschaft beschäftigte sich in ihrer Mittwochs-Sitzung mit der Besprechung des Koch'schen Heilverfahrens. Prof. Virchow fuhr, wie wir einem Bericht der „Voss. Ztg." entnehmen, in der Vorzeigung von Organen fort, welche er bei der Sektion von Kranken, die in der Charité während der Koch'schen Kur gestorben waren, gewonnen hat. Es handelt sich dabei um zwei Fälle von sehr verbreiteter Lungen- und Kehlkopftuberkulose, von denen der eine noch mit sogenannter Amyloidentartung vergesellschaftet war. Einleitend kam Virchow auf seine vorletzte Demonstration zurück. Virchow hat zuerst wahrgenommen, daß bei der Sektion von Lungenkranken, die während der Behandlung nach Koch mit Tode abgegangen waren, sich in den Lungen entzündliche Veränderungen solcher Art fanden, wie sie sich in keine der bekannten Formen der Lungenentzündung einordnen lassen. Ausgezeichnet sind sie nach Virchow durch den hohen Grad der Entzündung und die ödematöse Stellung. Virchow brachte nun diese Art der Lungenentzündung mit den Koch'schen Einspritzungen in ursächlichen Zusammenhang und legte ihnen den Namen „Injektionspneumonieen" bei. Eine Woche später wurde nun Virchow eine Lunge zugestellt, von einem Manne herrührend, der nachweislich nicht mit Koch'schen Einspritzungen behandelt worden war, und dessen Lunge gleichwohl die Eigenheiten der Injektionspneumonie aufwies. Virchow zeigte nun, um seine erste Annahme einer „Injektionspneumonie" zu stützen, ein neues Präparat vor, welches wie das erste im Gegensatze zu dem zuletzt demonstrirten von einem Patienten herstammte, welcher, während er mit Koch'scher Substanz behandelt wurde, der Lungenschwindsucht erlegen war. Sowohl an den innern Organen dieses Patienten, wie eines andern gleichartigen waren frische Tuberkel wahrzunehmen. Mehrfach ist als günstiger Erfolg der Koch'schen Kur hervorgehoben worden, daß während derselben die Lungenhöhlen sich verengten. Um darzuthun, daß dies auch ohne das Koch'sche Mittel zu Stande kommen könne, zeigte Virchow eine gereinigte Kaverne in der Lunge eines Kranken vor, welcher verstorben war, ohne daß man ihm je Koch'sche Flüssigkeit eingespritzt hatte. Nach Virchow nahm Prof. Fürbringer vom städtischen Krankenhause am Friedrichshain das Wort, um über seine Erfahrungen bei Lungenkranken nach zehnwöchiger Koch'scher Behandlung zu berichten. Er warnt dringend davor, Lungenkranke, welche im floriden Stadium des Leidens stehen, in die Koch'sche Kur zu nehmen. Die Gesammtergebnisse, welche Dr. Fürbringer mit dem Koch'schen Mittel bei Lungenkranken erzielt hat, sind durchaus günstig. Er hat bei dreien seiner Kranken unter der Koch'schen Behandlung eine relative Heilung eintreten sehen, in dem Sinne, daß die Zeichen des tuberkulosen Bodens geschwunden sind; auch besteht die Hoffnung, daß die Heilung sich zu einer endgültigen gestalten werde. Bei 15 anderen Kranken war eine ganz ungewöhnliche Besserung festzustellen, wie man sie mit den früheren Methoden der Schwindsuchtsbehandlung nicht zu erzielen pflegte. Es kam zu Gewichtszunahmen bis zu zwanzig Pfund. Bei zehn weiteren Patienten besserte sich der Zustand in dem gewöhnlichen Maße, wie man es auch früher sah. Bei neun Kranken hingegen änderte sich der Zustand nicht oder verschlechterte sich sogar. Todesfälle hatte Prof. Fürbringer drei zu beklagen. Wichtig ist eine Angabe von Dr. Fürbringer, wonach eine partielle Lungenentzündung, welche im Verlaufe der Koch'schen Kur auftrat, wieder ganz zurückging, ohne irgend welchen Schaden dem Patienten zu bringen. Sogenannte allgemeine Militartuberkulose hat Dr. Fürbringer klinisch bei keinem seiner Patienten zur Beobachtung bekommen. — Zum Schlusse gab Dr. Paul Guttmann vom städtischen Krankenhause in Moabit eine statistische Uebersicht über seine Heilerfolge, die gleichfalls günstig lauteten. Weiterhin berichtete Dr. Guttmann über Blutuntersuchungen, welche er gemeinsam mit Prof. Paul Ehrlich vorgenommen hat. Dr. Liebmann in Triest berichtet in der letzten Ausgabe der „Berl. klinischen Wochenschr.", daß er im Blute von Kranken nach Koch'schen Injektionen Tuberkelbacillen aufgefunden habe. Ehrlich und Guttmann haben nun eine Nachprüfung seiner Angaben vorgenommen. Sie konnten im Gegensatze zu Liebmann niemals Tuberkelbacillen im Blute nachweisen, so daß man dessen Mittheilung ganz außer Acht lassen kann.

* Die Aufstellung von „Urania-Säulen" in den verschiedensten Theilen Berlins scheint nunmehr gesichert zu sein. Der Magistrat hat den Abschluß eines Vertrages mit dem Unternehmer Herrn Emil H Breslauer genehmigt. Prof. Förster von der Sternwarte hat diesem Unternehmen erst kürzlich in einem Artikel des „Reichs-Anz." das Wort geredet. Thatsache ist, daß die Gesellschaft Urania die Oberleitung des wissenschaftlichen und statistischen Theiles der Veranstaltungen, denen die Urania-Säulen dienen sollen, übernommen, die Polizei denselben alle gewünschten Konzessionen zugestanden, daß Staatssekretair Dr. v. Stephan dem Unternehmen alle Förderung angedeihen läßt und auch der Kaiser für dasselbe ein lebhaftes Interesse bekundet. Diese „Meteorologisch-statistischen Orientirungssäulen" sollen ca. 6 Meter hoch werden und durch ihr monumentales Aeußere einen Schmuck der Straßen der inneren Stadt, der Parkanlagen, und wo sie sonst aufgestellt werden, darstellen. Abgesehen davon, daß die Uhren dieser Säulen das möglichst Zuverlässige in Bezug auf Zeitangaben bieten werden, finden die verschiedensten wissenschaftlichen Zwecke daselbst ihre Befriedigung. Das Publikum erhält zweckmäßigen Einblick in den Plan von Berlin, in Post- und Telegraphentaxen, in Eisenbahnfahrpläne der ankommenden und abgehenden Züge, in vergleichende Tabellen der Münzen, Maße und Gewichte im Weltverkehr, Wetterprognosen und Wetterkarten, verschiedener Thermometer und Barometer, Darstellung der Mondphasen, Datumzeiger 2c. 2c. Als Ersatz für die Errichtung dieser Säulen beansprucht der Unternehmer nur das Recht der Ausnutzung der übrig bleibenden Flächen zum Zwecke der Empfehlung von Reiseverbindungen, Hotels, Bädern, Luftkurorten, größeren Unternehmungen 2c., dargestellt unter Glas in Form von künstlerischen Ausstattungen, als Aquarellen, Chromolithographieen 2c. — Dem Unternehmer sind schon von den verschiedensten Stadtbehörden Aufforderungen zur Aufstellung solcher Säulen zugegangen, derselbe beabsichtigt jedoch vorerst Berlin mit einer genügenden Anzahl zu versorgen. Jede einzelne dieser Säulen erfordert einen Kostenaufwand von mindestens 4000 M.

* Hofprediger a. D. Stöcker veröffentlicht folgende Erklärung: Da die Nachricht, ich sei zum Pfarrer an St. Matthäus hierselbst berufen, die Sammlungen für den Saalbau beeinträchtigt, so theile ich mit, daß diese Meldung irrig ist.

* Ein neues Weinhaus, wie es behaglicher und anheimelnder kaum gedacht werden kann, ist hier